



Wieder mal färben sich unsere Wälder in den prächtigsten Farben, die Sonne kämpft sich morgens durch Nebel-
schwaden. Manche kalte Regentage verdonnern uns Menschen zu kuscheligen Tagen zuhause. Alles scheint einen
Takt langsamer zu gehen. Jeder genießt die letzten Sonnenstrahlen, während die Tage immer kürzer werden. Unsere
heimische Tierwelt stellt sich auf den nahenden Winter ein: Zugvögel fliegen ins Warme, Eichhörnchen und Igel klau-
ben letzte Vorräte zusammen und suchen sich warme und geschützte Winterquartiere. Bäume holen letzte Ressourcen
aus Ihren Blättern. Sie bündeln ihre Kräfte im Stamm und in den Wurzeln bis schließlich alle Blätter abfallen und uns
damit bei Spaziergängen eine wunderschöne Herbstlandschaft bereiten.

Auch bei der Polizei herrscht eitel Geschäftigkeit. Bundesweit werden Energien gebündelt, um ein Maximum an
dringendsten Einsatzlagen zu bewältigen: Erdogan-Einsätze, Rechts-Links-Demonstrationen, Räumungen im Ham-
bacher Forst, Fußballspiele. Die jahrelange Vernachlässigung der Inneren Sicherheit und der Personalabbau rächen
sich bitter. Kaum ein Bundesland ist noch im Stande, seine Einsatzlagen allein mit eigenen Kräften zu bewältigen.
Doch während Eichhörnchen und Igel nach all der Umtriebigkeit eine monatelange Winterruhe sicher ist, ist für unsere
Polizeikollegen kein Ende in Sicht. □

Artikel in dieser Ausgabe

1. Weniger Auszubildende als geplant
2. Thema Dienstpostenbewertung
3. Dokumentenprüfung rund um die Uhr
4. Heißer Herbst nach heißem Sommer
5. Vereidigung im geliehenen Diensthemd
6. Nobelpreise für schräge Forschungen

Impressum

Redaktion:
Ralf Kusterer
(V. i. S. d. P.)
E-Mail: ralf.kusterer@dpolg-bw.de

c/o DPoIG Landesgeschäftsstelle
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon: 0711/ 997 947 4-0
Telefax: 0711/ 997 947 4-20
E-Mail: info@dpolg-bw.de
www.dpolg-bw.de

Fremde Abbildungen und Quellen
sind entsprechend gekennzeichnet

Weniger Auszubildende als geplant

Im Herbst wurden zwar viele, aber weniger als geplant, neu eingestellt.

Die Einstellungsoffensive der Polizei soll „Fehler der Vergangenheit beseitigen und zwar mit maximaler Geschwindigkeit“, so zitierte das Innenministerium in einer jüngst veröffentlichten Meldung, Minister Thomas Strobl (CDU). Landesweit haben Anfang September rund 700 Polizeischülerinnen und Polizeischüler ihre Ausbildung bei der Polizei Baden-Württemberg begonnen. Was golden klingt, hat aber auch eine Kehrseite, denn die befürchtete Überfüllung der Ausbildungsstandorte ist ausgeblieben.

Die angehende Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte starteten zeitgleich an verschiedenen Standorten der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg, nämlich in Biberach, Bruchsal, Lahr, Böblingen und Wertheim ihre 30-monatige Ausbildung für den mittleren Polizeivollzugsdienst.

In den vergangenen Monaten wurde der Hochschulstandort in Lahr, wie auch die anderen Standorte, für die deutlich höhere Zahl von Einstellungen angepasst und erweitert. Am Hochschulstandort in Böblingen rückte das Institut für Fortbildung enger zusammen und schafft so bis zur Fertigstellung des neuen Polizeischulstandorts in Herrenberg Platz für drei Klassen. Auch am Schulstandort in Biberach erfolgten umfangreiche Bau- und Erweiterungsmaßnahmen, um die erhöhte Zahl an Neueinstellungen



Der Stellvertretende DPoIG-Landesvorsitzende Daniel Jungwirth vernimmt besorgt, dass landesweit zu Ausbildungsbeginn weniger und kleinere Ausbildungsklassen eingerichtet werden mussten.



Bild: Pixabay

Wer qualitativ hochwertige Nachwuchskräfte für sein Unternehmen möchte, muss schnell sein. Deshalb sind Unternehmen der freien Wirtschaft bestrebt, geeignete BewerberInnen möglichst früh an das eigene Unternehmen zu binden.

dort unterbringen und ausbilden zu können. Erst Anfang Juli wurde der Ausbildungsstandort Wertheim wieder in Betrieb genommen, nächstes Jahr soll dann auch zusätzlich Herrenberg folgen.

Landesweit gab es weniger und kleinere Ausbildungsklassen.

Doch obwohl die Eröffnung des sechsten Standorts Herrenberg, sich aufgrund diverser baurechtlicher Problemstellungen um Monate verzögerte, blieben Überfüllungen an den übrigen Standorten erst mal aus. Offenbar hatten weit weniger angehende Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte ihre Ausbildung angetreten, als erwartet. Zu lange dauerte für etliche Bewerber wohl die Durststrecke zwischen dem Erzielen eines positiven Testergebnisses und dem Erhalt einer verbindlichen Ausbildungszusage. Manch einer, der früher bereits eine Einstellungszusage bekommen hatte, dürfte zum geplanten Ausbildungsbeginn gar nicht erst erschienen sein. Die aktuelle Situation entlastet die sonst

aus den Nähten platzenden Bildungsstandorte. Räumliche Engpässe gibt es dadurch vorerst kaum. Jedoch verschärfen sich zeitgleich die Nachwuchsprobleme. Was uns nachdenklich stimmt. Denn obwohl die politisch Verantwortlichen die Weichen richtig gestellt und politisch notwendige Rahmenbedingungen geschaffen hatten, schaffte es die Polizei irgendwie nicht, die maximal möglichen Einstellungen zu realisieren.

Das bedauern wir zutiefst und regen an, das Einstellungsverfahren hinsichtlich schneller auszusprechender Einstellungszusagen, sowie einer festeren Bindung der erfolgreich geprüften Bewerber an die „Firma Polizei“, zu modifizieren. Große Geldinstitute beispielsweise, verlangen von ihren erfolgreich getesteten Bewerbern binnen 10-Tages-Frist das Gegenzeichnen eines beidseitig bindenden Ausbildungsvertrags. Die Suche nach und Absicherung über einen parallelen „Plan B“ ist für die Bewerber damit oft hinfällig. □

Thema Dienstpostenbewertung

Ministerium von rechtskonformer Umsetzung überzeugt.

Stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl sowie Staatssekretär Julian Würtenberger sind von der rechtskonformen Umsetzung der Dienstpostenbewertung überzeugt. Die Einführung findet wie geplant statt, dies geht aus einer Pressemitteilung von Ende August hervor.

Im Vorfeld wurden von Kritikern mehrfach grundsätzliche Bedenken bezüglich der Vorgehensweise bei der geplanten Dienstpostenbewertung geäußert. Teilweise wurde die Auffassung vertreten, das vorgesehene Modell der Dienstpostenbündelung genüge nicht den verfassungsrechtlichen Anforderungen, da Dienstposten unzulässiger Weise über sechs statusrechtliche Ämter und über mehr als eine Laufbahngruppe hinweg gebündelt würden.

Aus fachlicher Sicht bestünden keine Zweifel an der gewählten Verfahrensweise sowie der rechtskonformen Umsetzung der Dienstpostenbewertung.

Die Dienstpostenbewertung soll daher wie geplant noch in diesem Jahr veröffentlicht werden und zum Jahreswechsel 2018/2019 in Kraft treten.

Fachlich nicht zu beanstanden.

Innenminister Thomas Strobl stellte heraus, dass die alternativ oft geforderte zweigeteilte Laufbahn als politische Zielsetzung losgelöst von der dem Dienstherrn durch die Rechtsprechung auferlegten Dienstpostenbewertung zu betrachten sei.

Die Dienstpostenbewertung habe sich am gültigen Staatshaushaltsplan zu orientieren. Die Einführung einer zweigeteilten Laufbahn erfordere gesetzliche Änderungen, namentlich der im Staatshaushaltsplan verankerten Stellenstruktur, welche der Landtag beschließen müsse. □

Quelle: Pressemitteilung des Innenministerium LPP

Die DPoIG verhandelt seit Wochen

Während manche wie aufgeregte Hühner durch den Stall rennen und viele um sich herum nervös und ängstlich machen, hat sich die DPoIG in Veröffentlichungen bisher zurück gehalten.

Die Gewerkschaften werden – weil kein Gesetzgebungsverfahren – nicht in einem förmlichen Verfahren Stellungnahmen abgeben können, die dann sowieso nicht übernommen werden. Die Personalräte haben nur zur Art und Weise ein Mitwirkungsrecht. Das letzte Wort hat das Ministerium. Deshalb heißt es mehr denn je klug und überlegt verhandeln. Und das macht man am besten nicht öffentlich.

Unsere Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Die Chancen stehen gut.

Gegenüber den ersten Planungen hat sich schon viel verändert. Das kann sich im Vergleich zu anderen Bundesländern sehen lassen – auch wenn diese eine zweigeteilte Laufbahn haben.

Zum Beispiel:

- Der mittlere Dienst ist faktisch nicht betroffen - Kein Ortswechsel für A9+ Zulage!
- Der gehobene Dienst bis A11 ist faktisch nicht betroffen - Kein Ortswechsel für eine Beförderung!
- Alle Dienstgruppenführer können (teilweise mit Zusatzaufgabe) nach A12 bewertet werden.
- Dienstgruppenführer ab 10 Beamte/innen im Soll können mit Zusatzaufgaben nach A13 bewertet werden.
- Bei der Kripo mehr Bewertungen in A12 und A13 als bisher.
- Die Bewertungen beim PP Einsatz werden z.B. gegenüber Niedersachsen um ein Vielfaches besser sein.
- Die Bewertungen an der HfPol werden nicht nur gleich bleiben, sondern gegenüber den aktuellen Gegebenheiten sich verbessern.
- Auch beim PTLSPol und beim LKA liegen die Bewertungen weit über den aktuellen Bewertungen.

Wir werden zügig über das berichten, über was wir noch verhandeln. Und sind zuversichtlich, dass am Ende des Prozesses auch ein Mehr an Beförderungsmöglichkeiten steht. Denn letztlich zählt nur das auch für die Kolleginnen und Kollegen. So wie schon jetzt 87% der gesamten Polizei in A9 und höher besoldet sind. Und wir setzen uns für weitere Verbesserungen ein.

Unsere oberste Richtschnur und Verhandlungsbasis ist auch hier die Zufriedenheit unserer Mitglieder. Von dieser weichen wir nicht ab. □



Bild: Pixabay

Welche Stelle oder Funktion nach welcher Besoldungsgruppe bewertet sein wird, geht wohl schon bald aus der Dienstpostenbewertung hervor.

Dokumentenprüfung rund um die Uhr DPoIG fordert Dokumentenprüfgeräte für jede 24/7-Dienststelle.

Gefälschte Dokumente und Identitätsbetrug sind in vielen Kriminalitätsbereichen allgegenwärtig. Potentielle Folgen einer defizitären Identitätsfeststellung von Personen sind unter anderem die Verschleierung der Vorbereitung und Verübung zum Teil schwerster Straftaten.

Zur Erhöhung der Sicherheit wurden biometrische Merkmale in Reise- und Ausweisdokumente abgespeichert. Der Ansatz ist gut. Aber die Polizei in Baden-Württemberg kann die Informationen mangels Geräten nicht auslesen bzw. Identitäten zweifelsfrei abklären. „Das muss sich ändern“, so Oliver Auras, Stellvertretender Landesvorsitzender der DPoIG Baden-Württemberg.

DPoIG fordert 200 zusätzliche Prüfgeräte.

„Wir brauchen in allen Dienststellen mit einem „Rundum-die-Uhr-Dienst“ stationäre und mobile Dokumentenprüfgeräte. Dazu zähle ich alle Polizeireviere, aber auch das Polizeipräsidium Einsatz. Wir müssen gerade dort, wo wir häufig Dokumente überprüfen, gut gemachte Fälschungen, einen Ausweismissbrauch, sowie Falschidentitäten erkennen.“ Dies gilt sicher auch besonders im Bereich der grenzüberschreitenden Kriminalität.



Sieht Potential in einer flächendeckenden Ausstattung mit Dokumentenprüfgeräten: Oliver Auras, Stellvertretender DPoIG-Landesvorsitzender.

Die Beschaffung von Dokumentenprüfgeräten bildet in diesem Zu-



Etliche Pässe und Ausweise erhalten zusätzliche biometrische Merkmale. Die baden-württembergische Polizei kann diese aber kaum auslesen.

sammenhang, neben der Aus- und Fortbildung der Kolleginnen und Kollegen, die technische Komponente ab und wurde bereits im 10-Punkte-Programm zur Bekämpfung von Falschidentitäten verankert.

Eindeutige und vor allem schnelle Ergebnisse für die polizeiliche Basis.

Dokumentenprüfsysteme ermöglichen eindeutigere und schnelle Prüfergebnisse bei der Echtheitsprüfung von Dokumenten. Fälschungen sind auf diese Weise zuverlässig und schnell aufzudecken. Mit der Überprüfungsmöglichkeit von elektronischen Reisepässen und anderen elektronischen Aufenthaltstiteln ist darüber hinaus die Möglichkeit zur Prüfung der in den Identitätsdokumenten gespeicherten biometrischen Daten mit der Person oder Leiche mittels Fast-ID und Live-Gesichtsbildvergleich möglich. Unter anderem soll der automatische, zeitsparende und fehlerfreie Abgleich bzw. Übertrag der Daten für die Sach- und Personenfahndung in die Fahndungssysteme

und in das Vorgangsbearbeitungssystem möglich gemacht werden.

Schlusslicht Baden-Württemberg.

Die Behörden in Baden-Württemberg haben aktuell 230 Geräte im Einsatz. Die Polizei in Baden-Württemberg verfügt über 30 Geräte und ist im bundesweiten Vergleich unruhliches Schlusslicht (Zum Vergleich: Die Bundespolizei hat über 1500 Dokumentenprüfgeräte im Einsatz). Analog zu anderen Bundesländern ist eine landesweite Ausstattung aller Polizeireviere, Kriminaldauerdienste der regionalen Polizeipräsidien, des PP Einsatz, des PTLs Pol, des Instituts für Fortbildung, der KT Außenstandorte und des LKA BW sinnvoll und erforderlich. Die Deutsche Polizeigewerkschaft geht von ca. weiteren 200 Geräten aus. Die einmaligen Kosten dürften bei etwas über 600.000 Euro liegen. Zusätzlich sind Fingerabdruckscanner (Fast-ID) und für den Gesichtsbildvergleich Webcams notwendig. Hier ist mittlerweile sogar eine mobile Kofferlösung technisch möglich. □

Heißer Herbst nach heißem Sommer. Polizei ist definitiv am Limit.

Die Polizei ist am Limit. Erdogan-Einsätze, Rechts-Links-Demonstrationen, Hambacher Forst, Volksfeste, Fußballspiele. Die jahrelange Vernachlässigung der Inneren Sicherheit und der Personalabbau rächen sich bitter. Einsatzkräfte aus Baden-Württemberg müssen in anderen Bundesländer aushelfen. Für manche Einsatzkräfte mit unbekanntem Ziel und unbekannter Dauer. Gerne noch mit Folgeeinsätzen entlang der Strecke, beispielsweise aktuell auf dem Rückweg von Berlin. Und dazu der ganz normale Wahnsinn im Ländle – außerhalb des regulären täglichen Dienstes.

Der Stellvertretende Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Jürgen Engel, beobachtet mit Sorge die hohe Einsatzbelastung der Polizei im Land. Neben eigenen Aufgaben müssen seit Wochen unzählige Anforderungen anderer Bundesländer bedient werden – überwiegend durch die Einsatzeinheiten der Bereitschaftspolizei. „Unsere Fahrzeuge pendeln praktisch ständig zwischen Chemnitz – Berlin und Köln. Meine Kolleginnen und Kollegen packen grundsätzlich mehr Unterhosen in den Koffer als geplant. Nicht selten heißt es unterwegs, dass sich der Einsatz verlängert oder sich die Rückkehr wegen eines Auftrags in einem anderen Bundesland verzögert. Begriffe wie work life balance oder planbare Freizeit sind momentan Fremdwörter!“

Spurmaßnahmen und Personalabbau rächen sich.

Die Situation ist in allen Ländern und auch bei der Bundespolizei gleich. Die Polizisten laufen am Limit. Mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird es schwierig. Die Deutsche Polizeigewerkschaft hat seit Jahren auf diese Situation hingewiesen. Sie begrüßt deshalb ausdrücklich die von Innenminister Strobl gestartete Einstellungsoffensive, die es so noch nie in Baden-Württemberg gegeben hat. Andere Bundesländer folgen verhalten. Bayern und beispielsweise die Bundespolizei stellen mehr ein. „Dass andere Bundesländer ihre Einstellungszahlen nicht dem bundesweiten Bedarf

anpassen ist für mich unverständlich. Man verlässt sich auf die polizeistarken Länder, wie beispielsweise Baden-Württemberg. Es muss aber allen klar sein, dass auch wir nicht unendlich Überstunden produzieren können. Schon heute geht mehr als jede zweite Mehrarbeitsstunde auf das Konto des Polizeipräsidiums Einsatz. Was, wenn wir auf Grund eigener Lagen alle Kräfte im „Ländle“ benötigen?!“



Sichtete für uns die jüngsten Stärkemeldungen: Jürgen Engel, Stellvertretender DPoIG-Landesvorsitzender.

Wir brauchen weitere Zuwächse.

Immer öfter müssen unsere Kolleginnen und Kollegen neben ihrem belastenden Schichtdienst Zusatzdienste in den Alarmhundertschaften leisten, weil die Kräfte der Bereitschaftspolizei für eigene Lagen nicht zur Verfügung stehen. Konsequenz daraus ist, dass Ruhephasen immer kürzer werden und die notwendige Aus- und Fortbildung vernachlässigt werden muss. Wichtig ist für Engel, mit Blick auf die aktuelle Belastung (die nicht nur, aber auch, durch die Überstundenberge deutlich werden), dass wir dringend mehr Regenerations- und Ruhephasen brauchen. Jürgen Engel weiß von was er redet, er ist auch Vorsitzender des Personalrats beim Polizeipräsidium Einsatz und kennt dort die Belastungen: „Klar muss sein, dass wir den Polizeibeamten nach solchen Einsätzen auch Ruhe gönnen müssen. Mehr denn je muss man jetzt strikt nach der Regel „Pflicht vor Kür“ vorgehen. Was nicht dringend und unbedingt erledigt werden muss, das muss aus Rücksichtnahme auf das Personal hinten anstehen. Nur ausgeruhete Polizisten können immer neue Belastungen ohne eigenen Schaden (er)tragen. Wenn dazu noch aus dem

persönlichen Bereich Schwierigkeiten kommen, eben weil nicht jeder Partner, jede Partnerin oder Familie, einen solchen Dienstag dauerhaft mittragen kann, wirds immer schwerer. Gerade die Familien und Partner(innen) sind der wichtige Rückhalt, den unsere Kolleginnen und Kollegen brauchen.“

Am letzten September-Wochenende kam wieder alles zusammen.

Über 500 Beamtinnen und Beamte des Polizeipräsidium Einsatz waren ab dem 27. September in Berlin, um den Staatsbesuch des Präsidenten der Türkischen Republik, Herrn Recep Tyyip Erdogan, abzusichern. Eine weitere Hundertschaft war ab dem 28. September in Berlin. Nahezu gleichzeitig waren zwei Hundertschaften in Nordrhein-Westfalen. Eine davon war bereits vorher bei der Räumung des Hambacher Forsts und verlegte von dort aus weiter nach Köln. Und im Ländle ebenfalls der ganz normale Wahnsinn: Nochmals fast fünfzig Beamtinnen und Beamte des Polizeipräsidiums Einsatz beim Fußball. In Stuttgart waren bei der Demo zu Stuttgart 21 weitere 35 Kräfte des Polizeipräsidiums Einsatzes gefordert. Übrigens waren alleine bei den Fußballspielen ab Freitag den 28. bis Sonntag, den 30. September über 550 Beamtinnen und Beamte der regionalen Polizeipräsidien im Einsatz. Dazu auf dem Stuttgarter Wasen über 100 Polizeieinsatzkräfte. Der traditionelle Festumzug, eine wahre Mammutaufgabe für die Stuttgarter Kollegen. Aber wir Insider wissen was das heißt. Und natürlich die 150 Einzeldienstkräfte zum Schutz bei einer S21 Demo. Dies bedeutet, dass das Polizeipräsidium Einsatz vergangene Woche mit nahezu allen verfügbaren Einsatzkräften unterwegs war – davon waren rund 800 im Auslandseinsatz eingesetzt. „Besonders bitter“, so Jürgen Engel, „dass die Kolleginnen und Kollegen oft wegfahren, ohne genau zu wissen wann sie wieder nach Hause kommen. Für die DPoIG steht deshalb neben der Weiterentwicklung bestehender Zulagen (bspw. Schichtzulagen und LoD) auch die längst überfällige Einführung einer Vergütung von besonderen Belastungen der Bereitschaftspolizei ganz oben auf der Agenda.“ □

Vereidigung im geliehenen Diensthemd Lange Lieferzeiten sind in der Praxis die Regel.

Die baden-württembergische Polizei hatte zu wenig Diensthemden für ihre neu eingestellten Beamten gehabt. Neu eingestellte Etlich Beamtinnen und Beamte hätten im Frühjahr schon in ausgeliehenen Uniformhemden zu ihrer Vereidigung gehen müssen. Darüber berichtete vor wenigen Tagen erst die Deutschen Presseagentur (dpa).

Von den Beamten in Ausbildung sei sehr oft eine bestimmte Größe nachgefragt worden, teilte ein Sprecher des Innenministeriums auf Nachfrage der Deutschen Presseagentur mit. Das dort bekannte Problem sei inzwischen gelöst.

Oft daure es bis zu drei Monate nach der Einstellung, bis mit der Einkleidung begonnen werde, wusste ein

anderer Gewerkschafter bezogen auf die Situation erklärend beizutragen. Kritisch nahm dieser das Innenministerium in die Verantwortung. Keine neuen Hemden für Berufsanfänger, so etwas dürfe bei einem staatlichen Arbeitgeber einfach nicht sein.

Weit größere Engpässe für den operativen Bereich.

„Diese geäußerte Kritik umfasst nicht im Ansatz die tatsächlichen Probleme, die wir im Polizeilichen Bekleidungswesen haben. Das Problem sitzt tiefer“, sagte dazu Ralf Kusterer, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG). Er berichtet von den seit Monaten bestehenden großen Lieferengpässen. Spricht von Sommerhosen, die erst im Winterhalbjahr geliefert werden.

Von dringend benötigten Schuhen mit mehrmonatigen Lieferzeiten. Das seien aber nur wenige Beispiele.

Unabhängig davon, dass jungen Berufsanfänger in den Polizeischulen schnellstmöglichst ihre komplette Uniform erhalten sollen, träfen die Engpässe in noch stärkerem Maß auf all diejenigen zu, die täglich im Dienst unterwegs seien, so Kusterer. Wie so oft sind es personelle Probleme, die diese Engpässe mit verursachen. Aber es geht auch darum, den landeseigenen Betrieb, das Logistikzentrum des Landes, endlich so zu betreiben, wie man es von einem moderne Dienstleistungsunternehmen erwarten könnte.

Längst kein Logistikzentrum moderner Art.

„Wenn das Land der Auffassung ist, die Beschaffung und Auslieferung von Uniformen und Ausrüstungsgegenstände selbst im Eigenbetrieb bewältigen zu wollen, dann muss dieser Eigenbetrieb auch entsprechend personell und materiell ausgestattet sein“, sagte Kusterer. Dazu gehöre u.a. auch eine benutzerfreundliche Bestellsoftware, die mit vergleichbaren privaten Unternehmen Stand halten könne. Wer heute in einem beliebigen Online-Shop einkauft, der erwartet zu recht einen modernen und ansprechenden Service.

Kusterer schätzt Engagement der im Logistikbereich Beschäftigten.

„Ich weiß um den persönlichen Einsatz Aller die, egal ob in den Ausbildungseinrichtungen vor Ort, in den sogenannten Bekleidungskammern, oder im Logistikzentrum, ihr Bestes geben. An der Motivation und dem Bemühen der vorhandenen Kolleginnen und Kollegen in allen Bereichen fehlt es nicht. Wohl aber am nötigen Handwerkzeug und an der angemessenen Anzahl besetzter Stellen.“



Geht im Einsatz an der Kleidung mal etwas kaputt, müssen die Polizeikollegen oft mehrere Monate auf den dringend benötigten Ersatz warten.

Bild: Pixabay

Nobelpreise für schräge Forschung

Erneut wurden Wissenschaftler an der Universität Harvard mit begehrten Spaßpreisen ausgezeichnet.

Es ging um das Verhalten von Nierensteinen in der Achterbahn oder ertrunkene Fliegen im Weinglas. Insgesamt zehn wissenschaftliche Studien, die „erst zum Lachen und dann zum Denken anregen“, sind an der US-Universität Harvard ausgezeichnet worden. Die ig-Nobelpreise („ignoble“ heißt auf Deutsch „unwürdig“) wurden mit insgesamt zehn Billionen Dollar Preisgeld dotiert.

Die Auszeichnungen sollen, mit allem gebotenen wissenschaftlichen Ernst, "das Ungewöhnliche feiern und das Fantasienvolle ehren". Zwischendurch dürfen in dem historischen Hörsaal auch Papierflieger durch die Luft fliegen, es werden Sketche und andere skurrile Unterhaltungsbeiträge geboten. Passend dazu wurde das diesjährige Preisgeld in Zimbabwe Dollar ausbezahlt. Die Währung ist nach einer Hyperinflation nicht mehr in Gebrauch. Doch genug des Vorgeplänkels. Widmen wir uns den Auszeichnungen in den verschiedenen Kategorien zu:

#Medizin

Wissenschaftler aus den USA erforschten, ob sich Nierensteine durch Achterbahnfahrten schneller ausscheiden lassen. Der Impuls dazu sei von einem Patienten gekommen. Dieser sei bei einem Besuch in einem Vergnügungspark immer wieder Achterbahn gefahren und habe danach jeweils einen der quälenden Nierensteine ausgeschieden.

#Biologie

Forscher aus Deutschland, Schweden, Kolumbien, Frankreich und der Schweiz wiesen nach, dass Wein-Experten durch Riechen verlässlich nachweisen können, ob sich in ihrem Weinglas eine Fliege befindet. In einem Experiment konnten acht Weinexperten aus Baden verlässlich erschnuppeln, wenn eine Fliege sich im Weinglas aufgehhalten hatte, nach-



dem Weißwein eingeschenkt wurde. Noch ungeklärt sei hingegen, weshalb Menschen evolutionär überhaupt die Fähigkeit gegeben wurde, diesen Geruch zu erkennen.

#Anthropologie

Wissenschaftler aus Deutschland, Schweden, Rumänien, Dänemark, den Niederlanden, Großbritannien, Indonesien und Italien wiesen empirisch nach, dass in einem Zoo Schimpansen Menschen etwa genauso oft und gut imitieren, wie Zoobesucher die Schimpansen.

#Chemie

Wissenschaftler aus Portugal analysierten, dass sich menschliche Spucke gut als Putzmittel für schmutzige Oberflächen eignet.

#Medizinische Bildung

Geehrt wurde ein Wissenschaftler aus Japan für seinen Selbstversuch: „Darmspiegelung im Sitzen: Lehren aus Selbst-Darmspiegelung“. Sein Fazit: „leichtes Unbehagen“, aber ansonsten funktioniere es.

#Literatur

Forscher aus Australien, El Salvador und Großbritannien erbrachten den Nachweis, dass die meisten Anwender komplizierter Produkte die Gebrauchsanweisung nicht lesen. Der Studie zufolge scheine das Lesen von Anleitungen Verärgerung und negative Emotionen auslösen. (Anm. der

Redaktion: Polizeiliche Dienstansweisungen waren wohl nicht darunter)

#Ernährung

Ein Wissenschaftler aus Großbritannien berechnete, dass die Kalorienaufnahme bei einer Ernährung ausschließlich mit Menschenfleisch deutlich geringer wäre als die Kalorienaufnahme bei den meisten anderen traditionellen Ernährungsweisen mit Fleisch. Was zunächst makaber klingt. Doch dem Forscher ging es um Kannibalismus in der Steinzeit, und die Motivation dafür. Archäologen wissen heute, dass unsere Vorfahren gelegentlich Menschenfleisch verspeisten.

#Frieden

Forscher aus Spanien und Kolumbien analysierten Häufigkeit, Motivation und Auswirkungen von Schreien und Fluchen während des Autofahrens. Häufigste Gründe für das Beschimpfen anderer Verkehrsteilnehmer sind demnach die Missachtung von Regeln oder ein als gefährlich wahrgenommener Fahrstil.

#Fortpflanzungsmedizin

Wissenschaftler aus den USA, Japan, Saudi-Arabien, Ägypten, Indien und Bangladesch benutzten Briefmarken um valide Hinweise auf Erektionsstörungen zu erlangen. (Anm. der Redaktion: Wir ersparen uns weitere Details zu dieser Versuchsreihe)

Quellen: u.a. dpa, forschung-und-lehre.de